

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 04.12.2015	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 5.3	Bezeichnung der Vorlage: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 03.12.2015 nach § 20 der Geschäftsordnung bezüglich "Resolution"		Datum: 04.12.2015
Vorlage-Nr: VO/3406/15			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	14.12.2015	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Die Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen haben mit Datum vom 03.12.2015 den beigefügten Antrag nach § 20 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse gestellt.

Sie beantragen darin die Verabschiedung einer Resolution durch den Rat der Stadt Wegberg.

Beschlussvorschlag:

Beschluss nach Beratung.

Anlage/n:

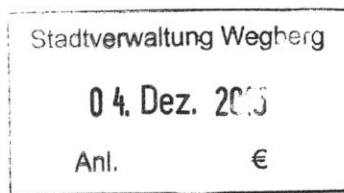
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2015

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten		Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
Gez. Lambertz	FBL FB BBM	

SPD-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Im Rat der Stadt Wegberg



Wegberg, den 03.12.2015

Antrag gemäß § 20 der Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,

die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, in der Sitzung des Rates am 14.12.2015 folgende Resolution zu beschließen:

Das nur etwa 90 km vom Stadtgebiet entfernt liegende belgische Kernkraftwerk Tihange ist seit Jahren für seine Probleme und Störfälle bekannt. Dennoch hat die belgische Regierung die Laufzeiten des mittlerweile 40 Jahre alten Blockes Tihange-1 um nochmals 10 Jahre verlängert.

Erst vor kurzem wurden Tausende neuer Risse im maroden Reaktorblock Tihange-2 gefunden, und auch das Behältermaterial weist eine „unerwartete“ Brüchigkeit auf. Das bedeutet: Bei einem Unfall könnte die Ummantelung brechen und radioaktiv kontaminiertes Wasser mit unkalkulierbaren Folgen austreten. Daneben hat das Kernkraftwerk Tihange wegen fehlenden Hochwasserschutzes im EU-Stresstest besonders schlecht abgeschnitten.

Tihange stellt für die Stadt Wegberg und Umgebung eine ernste Gefahr dar. Bei größeren Unfällen könnten kilometerweit Mensch und Umwelt durch die radioaktive Kontamination belastet, die gesamte Region unbewohnbar werden. Einen konkreten Katastrophenschutzplan gibt es nicht.

Deshalb fordert der Rat der Stadt Wegberg die nordrhein-westfälische Landesregierung und auch die Bundesregierung dringend auf, sich für eine unverzügliche und dauerhafte Abschaltung des Kernkraftwerks Tihange einzusetzen und für einen möglichen nuklearen Ernstfall ein bilaterales Abkommen mit Belgien zu vereinbaren. Daneben bitten wir die Landes- bzw. Bundesregierung, euregionale Katastrophenschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. zu überarbeiten, um entsprechende Informationen auf nationaler Seite vorhalten zu können.

Gleichzeitig appelliert der Rat der Stadt Wegberg an die belgische Regierung, die Betriebsgenehmigung für das Kraftwerk Tihange zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Wolters
- Vorsitzender der SPD-Fraktion -



Christiane Merz-Valsamidis
- Vorsitzende der Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN -